

Rechte Raumutopien zwischen Wiedergeburt und Verunmöglichung

Kommentar zu Johann Braun und Anke Schwarz „Regression als Aufbruch? Kritische Geographien rechter Zukunftsentwürfe“

Valentin Domann

„**Wie sieht die Großstadt der Zukunft aus?** Wie wollen wir deutsche Kultur und Tradition in unseren Metropolen bewahren? Welche Gegenentwürfe haben Konservative zur linken Deutungshoheit über urbane Räume?“

(AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin 2024; Herv. i. O.)

Unter diesen Slogans bewerben die AfD-Fraktionen aus Berlin, Hamburg, München und Köln ihre „konservative Metropolenkonferenz“. Der Dreischritt ihrer Formulierung kann dabei paradigmatisch für rechtes Reden über Zukunft verstanden werden. Die hervorgehobene erste Frage signalisiert ganz eindeutig den Aufbruchsmoment, den sich Rechte über den Umweg zukünftiger Verwirklichungen ihrer Politiken versprechen. „Regression als Aufbruch“, wie es Johann Braun und Anke Schwarz (2025) in ihrem Debattenaufschlag formulieren, darf in der Analyse, und das ist das zentrale Argument dieses Diskussionsbeitrags, jedoch nicht einzig auf den Gehalt als Geste, als (populistisches) *Instrument* im Dienste (radikal) rechter *Inhalte* reduziert werden. Wenn die gegenwärtige Rechte über Zukunft spricht, adressiert sie stets Formen exkludierender Vergangenheitsimagination sowie dämonisierende Gegnerschaftsbestimmung und verfolgt spezifische regressive (möglichkeitsverhindernde) Politiken im Hier und Jetzt. Die weiteren Sätze des oben zitierten Ankündigungstextes verdeutlichen dies: Nach dem Aufbruch folgt sogleich die Besinnung auf den Kern nativistischer

Politik – die Frage nach dem Bewahren des Eigenen, des *Deutschen* in „unseren Metropolen“. Sogleich schließt sich die Frage nach dem *Dagegen* an, die nicht nur der Bestimmung der Gegner:innen dient, sondern auch der Selbstvergewisserung nach innen, der Schließung der Reihen gegenüber einer behaupteten „linken Deutungshoheit über urbane Räume“ (schön wär’s!).

Dass solcherart nativistisch kontaminierte Aufbruchsgesten sich nur vorgeblich auf realisierbare Zukünfte richten, möchte ich zeigen, indem ich den defensiven und grundlegend regressiven Charakter von AfD-Zukunftsretorik herausarbeite und hierfür exemplarisch auf ihre Visionen für großstädtisches Wohnen blicke, durch die dieser hindurchscheint. Dafür ist zunächst eine gewisse Übersetzungsleistung notwendig. Denn die *Zukunft der Großstadt* wird aus stadtplanerischer Perspektive mit nahezu inkompatiblen Epistemen zu jenen bearbeitet, mittels derer sich die AfD der Zukunft annimmt. Daher sollen zunächst der planerische und dann der Zukunftsbegriff der gegenwärtigen radikalen Rechten im Folgenden kurz aufgeschlüsselt und gegenübergestellt werden. In der anschließenden Betrachtung von Einlassungen seitens der AfD zur großstädtischen Wohnungsfrage wird aufgezeigt, dass es ihr nicht nur um einen Aufbruch zur Realisierung dieser Zukünfte, sondern auch um eine präfigurative Praxis städtischer (Nicht-)Politik veränderter Möglichkeiten geht.

1. Zukunftsbegriff der Stadt- und Raumplanung

Planung als gedankliche Vorwegnahme künftigen Handelns ist ohne einen Zukunftsbegriff nicht vollzieh- oder auch nur vorstellbar. Während städtische Gegenwart stets durch eine Vielzahl verschiedener möglicher Zukünfte definiert ist, macht sich Planung an die „Reduktion und Bestimmung einer strukturell angelegten Offenheit für andere Möglichkeiten“ (Luhmann 1994: 6). Sie strukturiert städtische Zukünfte durch das Schaffen konkreter räumlicher Ordnungen von Flächen, Nutzungen und Funktionen und dämmt damit die Kontingenz des Kommenden ein. Zudem bestimmt jede Festlegung im Heute künftig zur Verfügung stehende Planungsoptionen mit, ist also als „Entscheiden über Entscheidungen“ (ebd.: 67) auf doppelte Weise reflexiv auf die Zukunft gerichtet.

Dieses Verhältnis wird besonders dann sichtbar, wenn die Rahmenbedingungen, unter denen Planungsentscheidungen sich auf zuvor

getroffene beziehen (müssen), sich in „ungeplanter“ Weise verändert haben. Ein Beispiel ist die geplante Lasnamäe-Tram in Tallinn: Bereits in den 1980er-Jahren wurden umfangreiche Zuwege gebaut, um den Wohnbezirk mit der Innenstadt zu verbinden (vgl. Tuvikene 2022). Doch mit dem Ende der Sowjetunion trat eine andere Zukunft ein, als unter den zuvor hegemonialen Bedingungen ge- und beplant war, und die ungenutzten Zuwege enden heute in Blumenrabatten eines Grünstreifens inmitten einer Infrastruktur, die nun den motorisierten Individualverkehr priorisiert (s. Abb. 1).

Ob rationalistisch, inkrementell oder strategisch geprägte Planungskulturen und -epochen: In der zugrunde liegenden Ethik raumplanerischen Denkens stellt die Zukunft das Gravitationszentrum dar; so fasst der Planungs(rechts)theoretiker Martin Lendi zusammen:

„Raumplanung konfrontiert – was immer sie im Detail in Plänen, Rechtssätzen und Verträgen anordnet – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit der Zukunftsfähigkeit. Sie ist in diesem Sinne bewahrende und gestaltende Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen im Raum als dem Gefäß der Lebensvoraussetzungen und des vielgestaltigen Lebens – über die Zeiten hinweg in die Zukunft hinein.“

(Lendi 2003: 4)

An diesem Fundament des Planungsdenkens wird dennoch gehörig gerüttelt. So wird die gesamtgesellschaftliche Vision von Zukünften im *communicative turn* plötzlich selbst zum Gegenstand von Aushandlungen, und Patsy Healey stellt dem *zukunftsdefinierenden* Charakter *deliberative zukunftssuchende* Verfahren entgegen (Healey 1992: 158). Daneben fordert postkoloniales Denken den Zukunftsbegriff kanonisierter Planungstheorie heraus, indem aufgezeigt wird, welche eindimensionale, kolonialistische und provinzielle Vorstellungen ihr inhärent sind; es betont zudem die Reichhaltigkeit von alternativen Zukunftsbegriffen in den Ontologien von nicht westlichen Planungsansätzen (Porter 2017; Schwarz 2022). Ferner stellen die apokalyptischen Zukunftsaussichten des Anthropozäns die Existenz einer räumlich überhaupt noch zu ordnenden Zukunft fundamental infrage (vgl. Rees 2017: 54).

Dennoch beruhen die Verfahren der Raumordnung und Raumplanung in Deutschland weiterhin auf rechtlichen Grundlagen aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Ihre Regelwerke sind durch ein unidirektionales,



Abb. 1 Planung materialisiert vorweggenommene Zukünfte (Quelle: eigenes Foto, Tallinn 2022)

modernistisches Verständnis von Zukunft geprägt, das Planung als linear und kontrollierbar begreift.

2. Zukunftsbegriff des populistischen Rechtsradikalismus

Zukunft spielt auch für die radikale Rechte – ganz allgemein gesprochen und wie im Debattenaufschlag festgehalten – eine zentrale Rolle. Besonderes Augenmerk schenkt diesem Zusammenhang Roger Griffin, der in der Vision einer umwälzenden Abkehr vom Bestehenden hin zu einer „gereinigten“ Wiedergeburt des Volkes als organische Gemeinschaft ein definitorisches Minimum von Faschismus ausmacht. Solche Ideologien und Bewegungen mit revolutionärer und „modernisierender Agenda“ bezeichnet er als palingenetische Variante des Ultranationalismus (Griffin 2011: 299, 302). Palingenetische Ideologeme benötigen, um im Sinne einer faschistischen Massenmobilisierung wirksam zu werden, sowohl eine weit verbreitete Vorstellung vom anhaltenden Niedergang einer dekadenten Gesellschaft als auch das greifbare politische Angebot einer gereinigten Zukunft als Gemeinschaft. Sie rücken so ins Zentrum einer

Faschismusdefinition, die über den historischen Nationalsozialismus hinausreicht und die damit auch weitere, etwa völkische oder neurechte, Bewegungen umfasst, die „nicht einfach rückwärtsgewandt waren bzw. sind, sondern antimoderne mit modernen Gesellschaftsvorstellungen sowie mit antiliberalen alternativen Zukunftsentwürfen verbanden und verbinden“ (Fronek/Siegert 2022: 91).

Doch unter dem Elektorat der AfD lassen sich zunächst kaum Zeitwahrnehmungen ausmachen, die von Zukunft „als Aufbruch“ zeugen; ein verhärteter Kulturpessimismus scheint die vorwiegende Einstellung zu sein. Philipp Rhein erkennt in einer narrativen Interviewstudie mit AfD-Wähler:innen verschiedene Spielarten apokalyptischer Zeitvorstellungen als dominant. Dem vermeintlich nahenden Untergang der Zivilisation wird hier keine Positiverzählung einer palingenetischen neuen Gemeinschaftsordnung entgegengesetzt, sondern eine ich-bezogene „chiliastische Utopie“ entwickelt, die sich aus „einer Vorstellung einer Wiederkehr der ewigen Normalität [speist], die sie zu repräsentieren glauben“ (Rhein 2023: 348).

Diese Untergangsnarrative, geprägt von Angst vor Chaos und Zerfall, werden von der Partei, die sie unterstützen, gezielt geschürt. Gleichzeitig fehlt es der AfD an einer kohärenten Zukunftsvision, die über diese Krisen hinausweist. Ihr palingenetisches Bild einer nationalen Wiedergeburt bleibt fragmentiert und amorph. Dies liegt erstens daran, dass die Partei die gegenwärtige „Mosaik-Rechte“ (Selbstbezeichnung, Benedikt Kaiser) hinter sich vereinigen möchte und sich daher oft nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränkt. Zweitens mag dieser Umstand dem Druck möglicher Verbotsverfahren geschuldet sein, der Revolutionsfantasien nur chiffriert vermitteln lässt. Vor dem Hintergrund des beobachtbaren Schulterschlusses zwischen Fraktionen des fossilen Kapitalismus und der radikalen Rechten, wie ihn jüngst die Ernennung des Frackingunternehmers und Klimawandelleugners Chris Wright zum Energieminister der USA unter Trump verdeutlicht, lässt sich ein dritter Grund formulieren: Rechte Zukunftsvisionen dienen zuweilen weniger dem mythisch verklärten *Aufbruch* als vielmehr der opportunistischen *Aufrechterhaltung* unter Druck geratener Wirtschaftssektoren. Dies bemerken auch Andreas Malm^[1] und das Zetkin Collective und schlagen eine Erweiterung von Griffins Faschismusdefinition dahingehend vor, dass auch *palindefensive* Spielarten von Ultranationalismus, also die

Abwehr bestimmter (in diesem Fall postfossiler) Zukünfte, darunter gefasst werden sollten (Malm/the Zetkin Collective 2021: 274).

3. Großstädtische Wohnungspolitik der radikalen Rechten

Zurück zur eingangs zitierten „konservativen Metropolenkonferenz“, deren erste Ausgabe im Herbst 2023 ganz im Zeichen der Wohnungsfrage stand. Weshalb sollte sich die AfD überhaupt für ein so besetztes Politikfeld im Urbanen interessieren?

Zunächst ist es deutlich, dass Normalisierungsprozesse der Partei in einigen Regionen auf lokaler Ebene weit vorangeschritten sind (Domann 2024; Heck/Großmann 2024; Nettelblatt 2023), wo sie nun unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle in Planungsprozesse und eben auch Entscheidungen um Wohnraumversorgung eingreifen und lokale Zukünfte aktiv mitgestalten kann. Weiterhin prägt die unzureichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zunehmend die Wahlkämpfe in den Verdichtungsräumen mit angespannten Wohnungsmärkten. Die Rückkehr der Wohnungsfrage kann daher als populäres Thema von kaum einer Partei im Wahlkampf ignoriert werden (Betz 2023). Daneben gibt es zahlreiche Anschlussstellen des Feldes für Themenbereiche, in denen die AfD um *issue ownership* ringt, etwa Migrations-, Sozial- und Klimaschutzpolitik.

Zuletzt, und hier liegt mein Hauptaugenmerk, zeigen sich auch einige Akteur:innen der krisengeschüttelten Bau- und Immobilienbranche nicht uninteressiert an neuen politischen Allianzen am rechten Rand. Berichtet wird etwa, dass vor den Großspenden, die der Partei zur Bundestagswahl 2025 zuflossen, zwei der größten Privatspender:innen in der Bau- und Immobilienbranche beheimatet sein könnten (Schäfer 2024). Auch der internationale Forschungsstand zu dem Thema verweist darauf, dass Fraktionen des nationalen Immobilienkapitals etwa in Ungarn, den USA und der Türkei früh die Kooperation mit rechtspopulistischen und antiliberalen Machthabern suchten (Gökarıksel/Smith 2016; Gülhan 2022; Hajdu 2023). Personifiziert wurde dieser Schulterschluss an dem Abend der „konservativen Metropolenkonferenz“ durch die Immobilienunternehmerin Silke Schröder, die den Kongress moderierte, bevor sie einen Abend später beim „Potsdamer Geheimtreffen“ mit prominenten Kadern der extremen Rechten zusammentraf (Bensmann et al. 2024).

Die großstädtischen AfD-Verbände verfolgen in diesem Politikfeld scheinbar widersprüchliche Ansätze zwischen exkludierender Solidarität und Marktradikalismus, zwischen Großstadtpolitik und Großstadtfeindschaft (Domann/Hölzl 2021; Ludwig/Mießner 2022). So ist man etwa generell für bindende Plebiszite, doch tut sich mit dem spezifischen Ausgang der Abstimmung zu „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ wahrlich schwer. Auf der „konservativen Metropolenkonferenz“ konnten diese Widersprüche, so erlaubt es die Sichtung eines Videomitschnitts zu behaupten, kaschiert werden (vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin 2023). Gelungen ist dies dadurch, dass die Wohnungsfrage aufgerufen wurde – nicht um konkrete rechte Zukünfte zu entwickeln, sondern fast ausschließlich, um auf der Suche nach den Schuldigen durch den Abend zu mäandrieren. So wurde der Konferenzraum zu einem affektiven Territorium (vgl. Hutta/Kübler 2025), in dem die angemeldeten Gäste über Stunden hinweg durch Applaus, Wortbeiträge, Zwischenrufe oder schallendes Gelächter eine Dynamik der gegenseitigen Bestärkung erzeugten.

Im Verlauf der Veranstaltung wurden „urbane Eliten“, Migrant:innen und bisherige Entscheidungsträger:innen als zentrale politische Gegner:innen ausgemacht und als ursächlich für die Wohnungsnot und andere gesellschaftliche Probleme benannt. Dabei zeigte sich ein durchgehendes Muster: Je düsterer das Zukunftsbild der Wohnungsnot gezeichnet wurde, desto lauter der Applaus und die Erheiterung der Anwesenden, wenn Schuld zugewiesen werden konnte. Daneben lieferte diese zweidimensionale Gegnerschaftsbestimmung (vgl. Brubaker 2017) das diskursive Rohmaterial, das sich auch in *scapegoating*-Prozessen innerhalb von Mieter:innenschaften übersetzt, die real existierende Antagonismen durch angenehmere Schuldzuweisungen, beispielsweise gegenüber neuen Nachbar:innen, ersetzen (Reichle/Bescherer 2021: 28).

Gleichzeitig hat die Konferenz eine integrative Funktion: Das Versprechen einer möglichen zukünftigen Linderung der Wohnungskrise dient als kleinster gemeinsamer Nenner, der unterschiedliche Akteur:innen zusammenbringt. So nimmt etwa auch ein stellvertretender Bezirksgruppenleiter des Berliner Mietervereins e. V. teil, der zwar von diesem nicht mandatiert wurde, aber dennoch als sein Vertreter und zugleich SPD-Mitglied angekündigt wird und der vermutlich die Einladung zu der AfD-Konferenz als Möglichkeit erachtet hatte, ihre Teilnehmenden auf den richtigen wohnungspolitischen Weg zu bringen

und auch seine (nicht rechte) Vision einer bezahlbaren Stadt zu lancieren. Seine Fachexpertise und institutionelle Einbindung tragen zur Inszenierung einer gewissen Professionalität der AfD bei, indem der Eindruck entsteht, die Partei gehöre zu den Kreisen, die sich ernsthaft mit der Abwendung der Wohnungsnot beschäftigen. Im Nachgang wird ein Argument seiner Einlassungen von einem wohlgesonnenen Portal aufgegriffen, um einen zentralen Aspekt rechter Stadtentwicklungs- und Immobilienpolitik zu legitimieren (Rusch 2023): Seine Kritik (von links) an global tätigen Spekulant:innen wird so in die generelle Stoßrichtung rechter Stadtentwicklungspolitik eingeordnet, internationale durch nationale Kapitalfraktionen zu ersetzen (vgl. dazu Hajdu 2023: 92). Dass die Moderatorin des Abends, Silke Schröder, mit ihrem Unternehmen selbst gemeinsam mit einem Kalifornischen Immobilienvermittler anbietet, im Berliner Raum Luxusimmobilien an ein dezidiert internationales Publikum zu vermitteln (Primobilia o. J.), verdeutlicht einmal mehr die dramatische Differenz zwischen zukünftigen Versprechen und aktueller Praxis.

4. Fazit

Das knappe Fallbeispiel zeigt, dass es verkürzt wäre, sobald Rechte über Zukünfte sprechen, dies ausschließlich als (regressive) Aufbrüche dorthin anzusprechen. Die Auseinandersetzung mit stadtpolitischen Aktivitäten der AfD belegt zwar, dass sie aktiv an Zukunftsvisionen arbeitet, und auch, dass diese – mit Rahel Jaeggi gesprochen – regressiv im Sinne einer „unangemessene[n] Verarbeitung von Problemlagen“ (2023: 242) sind. So ist allen bewusst, dass es keine vorstellbare Zukunft gibt, in der die vorgetragenen Vorschläge die Wohnungskrise tatsächlich lösen würden; einige Ideen, etwa weitere Impulse für den Bau von Eigenheimen bei Aussetzung von Gebäudeenergieregularien, würden diese Problemlagen nur auf andere Krisenbereiche umwälzen.

In diesem Sinne haben Braun und Schwarz (2025: 108) recht, wenn sie schreiben: „Rechte Zukunftsentwürfe zeichnen sich durch die imaginative Leistung aus, das Realisieren regressiver Zukünfte als utopischen Aufbruch zu rahmen und als Antwort auf Krisenerfahrungen zu präsentieren.“ Man kann ihnen aber erwidern: Würde man die derzeitig kursierenden rechten Zukunftsentwürfe als Teil faschistischer, mit Griffin *palingenetischer*, Ideologien verstehen, sollte dies nicht das Ergebnis, sondern die Eingangsannahme für weitere Auseinandersetzungen sein.

Rechte Raumutopien zwischen Wiedergeburt und Verunmöglichung

Und tatsächlich lernen wir aus der Auseinandersetzung mit ihren stadtpolitischen Visionen mehr. Zum einen zeigt der Abgleich mit dem Zukunftsbegriff der Stadt- und Raumplanung, der auf das Kommende in doppelter Weise reflexiv zugreifen muss, wie inkompatibel der mythisch verklärende Zukunftsbegriff der AfD in diesem Kontext ist. Die amorphen Versprechen künftiger radikaler Veränderungen räumlicher Ordnung und ihrer Prämissen überlagern widersprüchliche Praktiken der AfD und ihres Umfeldes im Hier und Jetzt. Der offensichtliche Schulterschluss mit Kapitalfraktionen, deren Geschäftsmodelle von Rekommunalisierungsideen hier oder postfossilen Zukunftsvisionen dort bedroht werden, setzt mindestens ebenso auf die Abwehr alternativer, unerwünschter Zukünfte und auf die Markierung ihrer Vertreter:innen. Vermittelt durch rassistische und sozialchauvinistische Gesellschaftsbilder, treten so ebenfalls *palindefensive* (also auf Abwehrkämpfe bestimmter Kapitalfraktionen gerichtete) Zukünfte in den Debattenraum. Hier haben wir es mit Regression nicht nur im Sinne von unangemessener Krisenbewältigung, sondern mit einer „Verhinderung des Möglichen“ (Jaeggi 2023: 13) selbst zu tun. Die Implikationen dieser Zukunftsvisionen wirken schon im Heute und sind daher in ihren präfigurativen Effekten ernst zu nehmen. Liegt Planer:innen also etwas an städtischen Zukünften, zu denen sie Entscheidungen überhaupt noch treffen können, sind sie besser beraten, anstatt auf AfD-„Metropolenkonferenzen“ rechte Zukunftsvisionen zu diskutieren, das Mögliche zu verteidigen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Malms menschenverachtende Einlassungen zu den Terror-Attacken und Entführungen vom 7. Oktober, von denen ich mich weitmöglichst distanzieren, und Fragen, inwiefern sich analoge analytische und politische Kurzschlüsse im Rest seines Werkes wiederfinden, müssen an anderer Stelle behandelt werden.

Autor_innen

Valentin Domann ist Geograph und arbeitet zu Fragen des Rechtsradikalismus in lokalen Kontexten.

valentin.domann@hu-berlin.de

Literatur

- Bensmann, Marcus / Daniels, Justus von / Dowideit, Anette / Peters, Jean / Keller, Gabriela (2024): Geheimplan gegen Deutschland. CORRECTIV. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff am 5.2.2025).
- Betz, Johanna (2023): Diskursive Resonanzen auf die Rückkehr der Wohnungsfrage. In: Johanna Betz / Hans-Jürgen Bieling / Andrea Futterer / Matthias Möhring-Hesse / Melanie Nagel (Hg.), Konflikte um Infrastrukturen. Öffentliche Debatten und politische Konzepte. Bielefeld: transcript, 29-53.
- Braun, Johann / Schwarz, Anke (2025): Regression als Aufbruch? Kritische Geographien rechter Zukunftsentwürfe. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 13/1, 101-111.
- Brubaker, Rogers (2017): Why populism? In: Theory and Society 46/5, 357-385.
- Domann, Valentin (2024): Rechte Refiguration – Räume der alltäglichen Normalisierung des populistischen Rechtsradikalismus. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 12/1, 11-38.
- Domann, Valentin / Hölzl, Corinna (2021): Deutsches Wohnen. MieterEcho 415. <https://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2020/me-single/article/deutsches-wohnen/> (letzter Zugriff am 5.2.2025).
- Fronek, Turid / Siegert, Richard (2022): Das gefährdete und das gefährliche Wir – auf der Suche nach Solidarität im Identitätsdiskurs der „Neuen Rechten“. In: Giuliana Sorce / Philipp Rhein / Daniel Lehnert / Tobias Kaphegyi (Hg.), Exkludierende Solidarität der Rechten. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 85-103.
- Gökarksel, Banu / Smith, Sara (2016): „Making America great again“?: The fascist body politics of Donald Trump. In: Political Geography 54, 79-81.
- Griffin, Roger (2011): Rechtsextremismusforschung in Europa: „From new consensus to new wave?“ In: Claudia Globisch / Agnieszka Pufelska / Volker Weiß (Hg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 295-314.
- Gülhan, Sinan Tankut (2022): Neoliberalism and neo-dirigisme in action: The state–corporate alliance and the great housing rush of the 2000s in Istanbul, Turkey. In: Urban Studies 59/7, 1443-1458.
- Hajdu, Marcell (2023): „Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest: Großräumige Stadtentwicklungsprojekte in der populistischen Politik der aktuellen ungarischen Regierung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 11/3-4, 73-103.
- Healey, Patsy (1992): Planning through debate: The communicative turn in planning theory. In: Town Planning Review 63/2, 143-162.
- Heck, Astrid / Großmann, Katrin (2024): Narrative des lokalen Umgangs mit der politischen Rechten in einer erzgebirgischen Kleinstadt. In: Monika Alisch / Martina Ritter (Hg.), Demokratie und Sozialraum. Zur Demokratisierung des Alltags als Auftrag Sozialer Arbeit. Leverkusen: Barbara Budrich, 183-198.
- Hutta, Jan / Kübler, Felicitas (2025): Affektive Territorialisierung: von Heimatliebe und Baseballschlägerjahren. In: Autor*innenkollektiv Terra-R, Das Ende rechter Räume. Zu Territorialisierungen der radikalen Rechten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 79-99.
- Jaeggi, Rahel (2023): Fortschritt und Regression. Berlin: Suhrkamp.
- Lendi, Martin (2003): Ethische Grundorientierungen zu Fragen der Raumplanung/Raumordnung – eine Skizze. Zürich: ETH Zürich.
- Ludwig, Nils B. / Mießner, Michael (2022): Wohnen als Profilierungsfeld der AfD? In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 10/2-3, 237-247.
- Luhmann, Niklas (1994): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Malm, Andreas / the Zetkin Collective (2021): White skin, black fuel. On the danger of fossil fascism. London: Verso.

Rechte Raumutopien zwischen Wiedergeburt und Verunmöglicung

- Nettelblatt, Gala (2023): From scandalization to normalization: Conceptualizing the mainstreaming of far-right contestations in participatory processes. In: *European Planning Studies* 31/8, 1575-1593.
- Porter, Libby (2017): Postcolonial consequences and new meanings. In: Michael Gunder / Ali Madanipour / Vanessa Watson (Hg.), *The Routledge handbook of planning theory*. London: Routledge, 167-179.
- Rees, William E. (2017): Planning in the Anthropocene. In: Michael Gunder / Ali Madanipour / Vanessa Watson (Hg.), *The Routledge handbook of planning theory*. London: Routledge, 53-66.
- Reichle, Leon Rosa / Bescherer, Peter (2021): Organizing with tenants and fighting rightist resentments. A case study from East Germany. In: *Radical Housing Journal* 3/1, 11-31.
- Rhein, Philipp (2023): Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus. Frankfurt/New York: Campus.
- Schäfer, Max (2024): Spenden bis zu 265.000 Euro: Wer sind die größten Geldgeber der AfD? In: *Frankfurter Rundschau*, 21.3.2024.
- Schwarz, Anke (2022): Parochial imaginations: The „European city“ as a territorialised entity. In: Noa K. Ha / Giovanni Picker (Hg.), *European cities. Modernity, race and colonialism*. Manchester University Press, 37-55.
- Tuvikene, Tauri (2022): Absence, presence, and mobility: A landscape approach to an unfinished tram project. In: *Transfers* 12/2, 47-59.

Weitere Quellen

- AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (2024): Metrokon 2. Zweite konservative Metropolenkonferenz 2025. <https://metrokon.de/> (letzter Zugriff am 1.11.2024).
- AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (2023): LIVESTREAM – Die erste konservative Metropolenkonferenz (Aufzeichnung). Video, 03:05 Stunden. <https://www.youtube.com/watch?v=BRkAfz649rM> (letzter Zugriff am 15.5.2024).
- Primobilia (o. J.): GLOBAL. <https://primobilia.de/luxe-places/> (letzter Zugriff am 08.04.2025).
- Rusch, Erik (2023): Metropolenkonferenz erörtert Alternativen zur „links-grünen“ Stadtpolitik. *Epoch Times Deutschland*. <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/metropolenkonferenz-eroertert-alternativen-zur-links-gruenen-stadtpolitik-a4495429.html> (letzter Zugriff am 5.2.2025).

